



Wie die CDU die Grünen lockt.

Manch einer tut so, als ob ein schlechtes Abschneiden der SPD nicht vorhersehbar und eine Jamaika Option ganz überraschend gekommen wäre. Beides ist unehrlich. Eine Woche vor der Wahl haben wir noch in einem Flugblatt vor den Folgen eines CDU-CSU-FDP-GRÜNEN-Bündnisses gewarnt und auf das ZDF-Sommerinterview von Frau Merkel aufmerksam gemacht, in dem sie plötzlich erklärte, dass in der kommenden Wahlperiode ein

Aachener Zeitung, 02.09.2017

NRW-Klimaziele

Schwarz-Gelb will Rot-Grün übertreffen

Düsseldorf. Der neue NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) sieht Chancen, das Klimaziel der rot-grünen Vorgänger-Regierung sogar zu übertreffen. Es sei möglich, bis 2020 im Vergleich zu 1990 die CO₂-Emissionen um mehr als 25 Prozent zu reduzieren, sagte Pinkwart gestern. Dazu beitragen könne bei flankierenden Hilfen von EU und Bund eine Verringerung der Braunkohlekapazitäten über das bisher beschlossene Maß hinaus. Er könne sich vorstellen, noch mehr als nur fünf Kraftwerksblöcke abzuschalten, sagte Pinkwart. Er erwarte aber dann einen Ausgleich von der EU im Interesse der Beschäftigten.

Ausstiegsdatum für die Braunkohle gesucht werden könnte. In meiner Rede am 15.09.2017 im Landtag habe ich das eine CDU-Einladungskarte für die GRÜNEN genannt. Und auch die NRW-Landesregierung scheint offen für neue Kraftwerks-schließungspläne zu sein. Jetzt kommt es darauf an, ob es nicht nur Maulhelden bei CDU und FDP gibt oder auch wirklich Leute die sich für unsere Region quer legen. Ich weis dabei wovon ich rede.

Rechte Abspaltungen.

Die Zersetzungsprozesse der sogenannten „Alternative für Deutschland“ haben auch den Landtag von NRW eingeholt. Offenbar hatten das Pärchen Frau Petry in Sachsen und Herr Pretzell in NRW dabei von langer Hand geplant jeweils Doppelpmandate zu sichern, die man faktisch aber gar nicht ausfüllen kann. Herr Pretzell alleine erhält so als EU-Parlamentarier eine monatliche Diät von rund 9.500 Euro, als Landtagsabgeordneter inklusive des Zuschusses zur Altersvorsorge monatlich 10.700 Euro. Hiervon werden 71,5 Prozent abgezogen - der Rest wird nicht angerechnet. Dazu kommt eine steuerfreie EU-Kostenpauschale von 4.342 Euro monatlich. Wenn es nach dem Willen der SPD gegangen wäre, hätte der Landtag für den Fraktionsstatus eine Mindestgröße (z.B. analog der 5%-Hürde im Wahlrecht) geschaffen. Damit konnten wir uns aber nicht durchsetzen, so dass jetzt zusätzliche Finanzmittel für die Bildung rechter Abspaltungsfractionen drohen. Die Demokratie sollte sich selber vor der der Abzocke solcher Rechtspopulisten auf Steuerkosten schützen.

Staatspolitische Verantwortung.

Die Bundestagswahl am 24.09.2017 hat historische Veränderungen für den Parlamentarismus ergeben. Das geschichtlich schlechte Wahlergebnis der SPD wurde zuletzt vergleichbar bei der Reichstagswahl am 6. November 1932 erreicht. Damals erhielt die SPD 20,4 Prozent. Es ist richtig, dass die SPD hieraus die Konsequenz gezogen hat die Rolle der Opposition zu suchen. Franz Müntefering sagte einst: „Opposition ist Mist. Lasst das die Anderen machen.“ Jetzt sind die „die Anderen“ aber Herr Gauland und Konsorten. Und dieser Truppe darf man nicht die wichtige Rolle der Oppositionsführung überlassen. Martin Schulz hat daher richtig erkannt, dass es ein Dienst an der Demokratie ist, in dieser Lage keine große Koalition zu machen. Österreich hat uns bei der letzten Bundespräsidentenwahl gezeigt, dass dann irgendwann nur noch die Extremisten als Alternative wahrgenommen werden. Die SPD geht jetzt in die Opposition und sie wird damit einer staatspolitischen Verantwortung gerecht.



Herzlichst Ihr